

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

24.9.1932 (No. 224)

Expedition
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Stadtanzeiger:
Chefredakteur
E. Amenb,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen unentgeltlich. Abdruck der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Inhalt der Zeitung verpöblich, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Wöchentlicher Abdruck der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Rhein Bodensee-Basel als Kraft- quelle und Verkehrsweg

Aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums des Rheinschiffahrtsverbandes Konstanz E. V. veröffentlichte Geh. Oberbaurat Dr.-Ing. Th. Rehbach, Professor an der Technischen Hochschule Karlsruhe folgende Darlegungen in der „Konstanzer Zeitung“:

Von allen wasserwirtschaftlichen Problemen, die in Europa noch der Lösung harren, ist kaum ein zweites dem Ausbau des Oberheims zwischen dem Bodensee und Basel als Kraftquelle und Wasserstraße vergleichbar.

Bietet doch diese Flußstraße, die im Herzen Europas ein industriell weit entwickeltes Gebiet durchzieht, bei dem Wasserreichtum des Rheines und bei der durch den Bodensee und die im Einzugsgebiet der Aare gelegenen Alpenseen hervorgerufenen besonders hohen Stetigkeit des Abflusses und bei dem beträchtlichen Gefälle von rund 150 Meter eine Energiequelle ersten Ranges; eine Energiequelle, deren Wert durch die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit durch Staueisen regulierbaren Hochdruckwerken und Pumpspeichieranlagen mit Hunderten von Metern Gefälle im badischen Schwarzwald und in den schweizerischen und österreichischen Alpen noch erheblich gesteigert wird. Kein anderes Wasserenergiewerk in Europa kann sich in der Tat an Wirtschaftlichkeit mit den Kraftwerken am Oberrhein messen. Die in einem Dutzend einzelner Werke, von denen die Hälfte bereits vollendet ist oder sich im Ausbau befindet, erzeugte gewaltige Energiemenge stellt sich in den Ausbauplanen so niedrig, wie es in Zentraluropa sonst nur noch an wenigen bevorzugten Stellen der Fall ist.

Nicht zuletzt in der Schule des Ausbaues der Oberheimkraftwerke selbst hat der Ingenieur es gelernt, die bedeutenden Schwierigkeiten, die der Ausbau großer Wasserkräfte in einem so wasserreichen und reichenden Fluß, wie es der Rhein auf der Strecke unterhalb des Bodensees ist, siegreich zu überwinden. Zu immer stolzeren Leistungen ist die Technik des Ausbaues von Wasserkraftwerken in den letzten Jahrzehnten emporgewachsen, bis es bei dem zuletzt fertiggestellten Kraftwerk Empurg-Schwörzbad gelungen ist, durch jeden der vier gewaltigen Maschinensätze die gewaltige Wassermenge von 300 Kubikmeter in der Sekunde hindurchzulassen und zur fast reißenden Vergabe ihrer Energie zu zwingen. Die deutschen und die schweizerischen Ingenieure haben in den Oberheimkraftwerken eine bedeutende Leistung vollbracht, die auch auf den Ausbau von Niederdruckwerken in anderen Flußläufen in vieler Hinsicht richtunggebend gewirkt haben.

Trotz der zur Zeit herrschenden wirtschaftlichen Not kann heute mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß auch die noch der Verwirklichung harrenden Kraftwerke am Oberrhein in absehbarer Zeit zur Ausführung kommen werden, und daß sich dann eine ununterbrochene Reihe von Großkraftwerken vom Bodensee bis nach Basel hinziehen wird, die Jahr für Jahr etwa 4 Milliarden Kilowattstunden elektrischer Energie in die ausfließenden Gewässer um den Oberrhein und bis in das Herz der deutschen und schweizerischen Industrie entsenden werden, weithin die menschliche Arbeit befruchtend und den brennstoffarmen Gebieten um den Oberrhein Ersatz für die ihnen fehlende Wärmeenergie bietend. Durch den weiteren Ausbau des Bodensees und der Nordalpenseen im Gebiete der Aare als Speicherbecken wird die Leistung dieser Kraftwerke noch — wenn auch nur in beschränktem Umfang — gesteigert werden können.

Durch die Behre der besprochenen Kraftwerke wird der Rhein in einzelne Stauhaltungen zerlegt, in denen die Wasserfließzeit auch in wasserarmen Zeiten für die Großschiffahrt ausreichend sein wird.

Gewissermaßen als Nebenleistung der erbauten Wasserkraftwerke entsteht durch die Aufstauung des Wasserspiegels des Rheins die Möglichkeit, mit verhältnismäßig geringen Mitteln die beste Wasserstraße Europas, diejenige des Rheines, ausgehend von den Welthäfen Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam, bis in den Bodensee hineinzuführen, und damit mit den Ländern um den Bodensee der Schweiz, Österreich, Bayern, Württemberg und Baden in ihren dem Weltverkehr am meisten entrückten Gebieten den Segen des Wasseranflusses an das Meer zu gemahren.

Am den Bodensee zum großen zentral-europäischen Binnenhafen zu machen, ist es dann nur noch nötig, die bereits erfolgreich begonnene Niedriggerregulierung des Rheines von Straßburg-Nebel an aufwärts bis zum Remderf Umgehungsanal der Rheiner Schwelle zu führen, die durch die Behre im Oberrhein gebildeten Staubecken durch leistungsfähige Großschiffahrtsschleusen untereinander zu verbinden und eine Anzahl die Schiffahrt behindernde Brücken zu heben oder umzubauen.

Auf diese Weise kann der Rhein bis zum Bodensee mit einem Kostenaufwand, der geringer sein wird, als derjenige für einen gleich langen Flachlandkanal von gleicher Leistungsfähigkeit, ohne allzu große technische Schwierigkeiten als Großschiffahrtsweg ausgebaut werden und den Ländern um den Oberrhein einen Ersatz für ihre verkehrspolitisch ungünstige Lage zum Weltmeer bieten.

In ganz einzigartiger Weise bietet somit der Ausbau des Oberheims als Kraftpender und Schiffahrtsweg ein Mittel, einem ausgebeuteten Gebiet die wichtigsten Grundlagen für ein blühendes Erwerbsleben zu geben.

So klar es auch den wirklich Sachverständigen von Anfang an war, daß der Oberrhein eine ganz einzigartige Möglichkeit für die Lösung einer gewaltigen und in hohem Grade lohnenden wasserwirtschaftlichen Aufgabe bietet, so hat es doch einer

Letzte Nachrichten

Die Reichstagswahlen am 6. November

Prof. Dr. Wagemann Reichswahlleiter
W.B. Berlin, 24. Sept. (Tel.) Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Prof. Dr. Wagemann, und zu seinem Stellvertreter den Direktor im Statistischen Reichsamte, Geh. Regierungsrat Meisinger, ernannt.

Das Urteil im Bräuner Prozess

W.B. Brunn, 24. Sept. (Tel.) Der Senat des Kreisstrafgerichtes fällte heute das Urteil gegen die leitenden Funktionäre der deutschen nationalsozialistischen Organisationen „Volkspolizei“ und „Studentenbund“. Die Angeklagten Saiber, Illing und Meckner erhielten je drei Jahre Gefängnis, Donnhäuser zwei Jahre Gefängnis, Petermichel 18 Monate, Ballige 15 Monate und Schwab ein Jahr Staatsgefängnis. Außerdem erhielten alle Angeklagten hohe Geldstrafen. Sie verlieren ferner die bürgerlichen Ehrenrechte.

Völkerbund und Mandatsübereifrage

Verschiebung der Debatte über den Dytton-Bericht?
W.B. Tokio, 24. Sept. (Tel.) Nach amtlichen Meldungen aus Genf soll der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, dem Vertreter Japans vorgeschlagen haben, die Debatte über den Bericht der Mandatsübereifrage der Mandatskommission bis zum 17. November zu verschieben.

Einschränkung der Reservezeit in der Schweiz

W.B. Bern, 24. Sept. (Tel.) Der Bundesrat hat einen Antrag in der Bundesversammlung eingebracht, der die Dienstbefreiung für korporale, Gefreite und Mannschaften vom Jahrgang 1905, die bereits an 6 Übungen teilgenommen haben, von dem siebten Übungskurs vorzieht. Durch diese außerordentliche Maßnahme sollen ungefähr 250000 Franken eingespart werden.

Auffeinerregende Festnahmen bei der AEG.

AEG-Ingenieur und Firmenvertreter der Werkspionage beschuldigt
G.M. Berlin, 24. Sept. (Priv.-Tel.) Die Kriminalpolizei nahm am Donnerstag den 40jährigen, seit vielen Jahren bei der AEG. tätigen Betriebsingenieur Fritz S. und einen Tag später den 62jährigen Vertreter einer Farben- und Lackfabrik, Dr. Max H., nach langwierigen Ermittlungen wegen Werkspionage zugunsten ausländischer Firmen fest.

Der Ingenieur hatte von dem Farben- und Lackvertreter jahrelang Sämtergelber für durch ihn vermittelte Aufträge in Höhe von 3 Proz. der jeweiligen Rechnungsbeträge entgegengenommen. Dadurch hatte er sich dem Manne vollständig ausgeliefert, so daß er sich ihm, als dieser vor einigen Monaten an ihm mit dem Wunsch herantrat, ihm die technischen Pläne einer wichtigen neuonstruierten Maschine auszuhandeln, gefügig zeigen mußte. Bevor jedoch der Vertreter die Konstruktionspläne ins Ausland verkaufen konnte, gelang es der Kriminalpolizei, im letzten Augenblick zugreifen und den Verkauf zu verhindern.

Der Ingenieur und sein Komplize werden sich auf Grund der Notverordnung vom 9. März 1932, die verschärfte Strafbestimmungen für den Verrat von Betriebsgeheimnissen vorsieht, zu verantworten haben.

Zu den Beschlüssen des Preussischen Landtags über die Gehöransprüche der Beamten hat die kommissarische preussische Staatsregierung bisher noch nicht Stellung genommen. Sie wird erst nach Eingang einer offiziellen Mitteilung des Landtagspräsidenten die Frage prüfen, ob durch die Beschlüsse vom Donnerstag der alte Beschluß des Landtags als aufgehoben angesehen werden kann.

langen und unermüdligen Aufklärungsarbeit bedurft, um die Überzeugung von der Größe und Vordringlichkeit dieser Aufgabe in die für die Durchführung einer solchen Arbeit erforderlichen weiten Kreise zu tragen.

Diese Aufgabe fiel in erster Linie den Schiffahrtsverbänden am Oberrhein zu, die von den Interessenten an beiden Ufern des Rheines gegründet wurden. Der größte dieser Verbände, der Rheinschiffahrtsverband Konstanz, der in weitestehender Weise von einer Anzahl führender Männer der oberrheinischen Wirtschaft unter Führung des bekannten Industriellen, Geheimen Kommerzienrat Stromeyer in Konstanz, zunächst unter dem Namen Internationale Vereinigung zur Schiffahrtmachung des Rheines bis zum Bodensee, ins Leben gerufen wurde, sieht in diesem Jahre auf ein 25jähriges Bestehen zurück, auf ein Vierteljahrhundert unablässiger Arbeit, in dem der Konstanzer Verband in Zusammenarbeit mit den beiden schweizerischen Schiffahrtsverbänden in St. Gallen und Basel und unterstützt durch die Regierungen der Uferstaaten immer aufs neue auf die Einzigartigkeit und Bedeutung der Aufgabe des Ausbaues des Oberheims hingewiesen hat.

Mit Befriedigung können die genannten Verbände heute auf das bereits Vollbrachte zurückblicken. Vieles aber bleibt noch in der Zukunft zu tun übrig.

* Zur politischen Lage

Das diplomatische Ringen

Als die britische Note zur Frage der Gleichberechtigung veröffentlicht wurde, hatte die französische Diplomatie allen Grund, zufrieden zu sein. Sowohl der Ton dieser Note, wie ihre formalrechtliche Argumentation bedeutete nichts anderes, als eine Unterstützung der französischen Bestrebungen, die trotz aller gelegentlichen schönen Worte klar darauf abzielen, Deutschland praktisch die militärische Gleichberechtigung zu verweigern, um dadurch die militärische Suprematie Frankreichs für alle Ewigkeit zu begründen.

Es ist möglich, daß man in Downing Street und am Quai d'Orsay geglaubt hat, Deutschland werde sich durch diese Note blaffen lassen und reumütig zur Abrüstungskonferenz zurückkehren. In Berlin hat man den Herren jedoch nicht diesen Gefallen getan. Man nahm die Note mit höflicher Respektlosigkeit auf und ließ sofort durch die Presse erklären, daß sie als Diskussionsgrundlage für die Reichsregierung nicht in Betracht kommen könne. Das war zweifellos eine regelrechte Abfuhr für das voreilige Auswärtige Amt in London.

Voreilig deswegen, weil die tonangebende Bürokratie dieses Amtes, die offenbar den britischen Außenminister vollkommen beherrscht, und von jeher recht französischfreundlich war, bei der Abfassung und Versendung der Note ganz auf eigene Faust gehandelt hatte; das heißt, ohne die übrigen Rabinetsmitglieder zu fragen, und ohne auf die öffentliche Meinung in England Rücksicht zu nehmen. So ist es zu erklären, daß die Reichsregierung in Berlin durch den Inhalt dieser Note völlig überrascht wurde. Denn mit den Äußerungen führender, englischer Staatsmänner und mit den Artikeln der Londoner Presse ließ sie sich gar nicht in Einklang bringen.

Erfreulicherweise hat die deutsche Publizistik alles getan, um England klarzumachen, daß diese Note ein übereilter und törichtes Schritt gewesen ist. Die entschiedene Ablehnung der Note durch Deutschland gab dann der Londoner Presse Veranlassung, das kritische Befremden, das sie gleich bei ihrem Erscheinen an den Tag gelegt hatte, jetzt noch in schärferen Ausdrücken zu bekunden. Das Auswärtige Amt in London ist dabei nicht gut weggekommen.

In Genf selbst, auf der Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz, sah man gleichfalls sehr bald ein, daß dieses Communiqué des Auswärtigen Amtes in London die Situation durchaus nicht verbessert und Deutschland diplomatisch auch weiter keinen Schaden zugefügt hatte. Man versuchte also einzulenken. In eine Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz war und ist jedoch nicht zu denken. Denn die Erklärung Berlins bleibt bestehen, daß wir nur dann an den Beratungen der Abrüstungskonferenz teilnehmen werden, wenn vorher unserer Forderung nach Gleichberechtigung Genüge geschehen ist.

Die Völkerbundstagung in Genf soll nun die Gelegenheit dazu bieten, um die deutsche Forderung zu beraten. Da ja sogar in der britischen Note die moralische Berechtigung der deutschen Forderung bejaht worden war, bleibt nach wie vor unter den Großmächten lediglich Frankreich als Widersacher übrig. Der diplomatische Kampf wird also praktisch um die Frage gehen, ob Frankreich nun endlich den Forderungen der Gerechtigkeit nachkommen will oder nicht. Dabei stehen ihm zwei Wege

Möge der Rheinschiffahrtsverband Konstanz, der heute unter der Leitung des Kommerzienrats Dr. Stiegler in Konstanz steht, in dieser Arbeit auch im kommenden Vierteljahrhundert nicht erlahmen. Es kann dann mit Zuversicht die Hoffnung ausgesprochen werden, daß bei der Feier des 50-jährigen Bestehens des Verbandes die große Arbeit zu Ende geführt sein wird, daß die Schleppzüge des Rheines dann den fünf Uferstaaten des Bodensees die überseeischen Waren und die Kohlen vom Niederrhein auf billigstem Wege zuführen, und daß die dank der reichlichen und billigen Rheinernergie aufblühende Industrie an den Ufern des Bodensees und des Rheines ihre Erzeugnisse als Gegenfracht rheinabwärts zum Meere hin in ununterbrochener Fahrt entsenden wird.

Die Erreichung dieses Zieles kann heute nur als Hoffnung ausgesprochen werden. Die feitherige Entwicklung des Ausbaues des Oberheims berechtigt aber zu der Überzeugung, daß diese Hoffnung in Erfüllung gehen werde, daß die schon weit geförderte Arbeit erfolgreich zu Ende geführt werden wird, und daß diejenige Arbeit behalten werden, welche die Aufgabe trotz der von vielen Seiten geäußerten Bedenken schon vor einem Vierteljahrhundert für durchführbar gehalten haben und mit Energie und Begeisterung stets aufs neue für sie eingetreten sind.

offen: der eine führt zur allgemeinen Abrüstung, der andere führt zur Anerkennung des Rechts aller Staaten, also auch Deutschlands, sich die Rüstung zuzulegen, die nach Lage der Dinge angemessen erscheint.

Bemerkenswert ist übrigens die Tatsache, daß die öffentliche Meinung in England auch die „juristischen Spitzfindigkeiten“ des Auswärtigen Amtes durchaus gemißbilligt und ihnen gegenüber den klaren Standpunkt vertreten hat, daß die im Friedensvertrag ausgesprochene moralische Verpflichtung genau so bindend sei, wie eine in aller Form paraphrasierte Bedingung.

In seiner Isolierung hatte Frankreich versucht, Deutschland dadurch zu diskreditieren, daß es uns einer verkappten, vertragswidrigen Aufrüstung bezichtigte. Herrriot hat eine Reihe von Aktenstücken gesammelt, die für Deutschland außerordentlich belastend sein sollen, und er hat diese Aktenstücke auch den englischen Diplomaten gezeigt. Er hat dann angeündigt, er werde sich dieser Aktenstücke bedienen, wenn die Debatte über die deutsche Gleichberechtigung vor dem Völkerbund einsehen sollte. Nun, wir können dem Beginnen Herrriots mit großer Ruhe entgegensehen. Es ist ausgeschlossen, daß uns jemand wirkliche Verletzungen der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrags wird nachweisen können. Im übrigen aber wird man immer wieder darauf hinweisen müssen, wie komisch es anmutet, daß gerade derjenige, der bis an die Zähne bewaffnet ist und ständig mit Schwert und Spieß herumfuchelt, ausgerechnet bei dem Waffenlosen nachsucht, ob sich nicht dort doch vielleicht in irgendeiner Tasche ein kleines Federmesserchen findet.

Die innere Politik

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, hat sich in der vergangenen Woche eine gewisse Entspannung auf dem Gebiet der inneren Politik in Deutschland vollzogen. Zunächst einmal ist festzustellen, daß das Verhältnis der Reichsregierung zu den Ländern ganz zweifellos ein besseres geworden ist. Herr von Papen hat klar erkennen lassen, daß er Hand in Hand mit den Ländern, mit dem Reichsrat zu arbeiten wünscht. Die Länder haben das Gefühl bekommen, daß das Reichskabinett bereit ist, den berechtigten Wünschen eines maßvollen Föderalismus bis zu einem gewissen Grade entgegenzukommen. Sie wären töricht, wenn sie durch Aggressivität oder taktische Unflugheiten die Aussichten einer solchen Entwicklung verderben würden.

Gar zu weitgehende Rückschlüsse darf man natürlich aus alledem nicht ziehen. Rein parteipolitisch gesehen, wird sich an der Einstellung der großen Parteien zum Kabinett von Papen wenig oder nichts ändern, auch wenn Länderminister, die solchen Parteien angehören, jetzt mit dem Reichskabinett zusammenarbeiten. Handelt es sich doch dabei nicht um parteipolitische Dinge, sondern um die wichtigsten Fragen staats- und verfassungsrechtlicher Art, handelt es sich doch dabei um die Möglichkeit, verfassungsrechtliche Fehler der Vergangenheit wieder gut zu machen.

Die Verhandlungen des Überwachungsausschusses des Reichstags über die Ereignisse bei der Reichstagsauflösung haben ebenfalls entspannend gewirkt. Man ersieht aus den bisherigen Berichten über diese Verhandlungen, daß subjektiv wohl jeder Keil im Recht gewesen ist, und daß Hörfehler und Mißverständnisse, sowie Gefühle der Verärgerung und Erbitterung daran schuld waren, daß es zu derartigen Szenen gekommen ist.

Besonders wichtig ist schließlich die Tatsache, daß der Preussische Landtag auf den Wunsch des Reichspräsidenten hin einen vor kurzem gefaßten Beschluß wieder zurückgenommen hat, in welchem den preussischen Beamten das Recht zur Gehorsamsverweigerung dem Reichskommissar gegenüber zuerkannt wurde. Daß ein Beschluß in dieser Form unhaltbar ist, verstand sich für jeden vernünftig denkenden Menschen von selbst. Und man konnte es — mag man sonst stehen, wie man will — rein menschlich (wenn auch nicht verfassungsrechtlich) begreifen, daß Herr von Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar in Preußen sich weigerte, vor dem Landtag zu erscheinen, solange ein solcher Beschluß bestand. Mit den Stimmen der Nationalsozialisten, bei Stimmenthaltung des Zentrums, ist vorgestern dieser Beschluß zurückgenommen bzw. korrigiert worden.

Die Reichstagswahl ist auf den 6. November festgesetzt worden. Der Wahlkampf wird also wohl schon in Kürze zu voller Glut entfacht werden. Nachwieder beschäftigt die Frage, wie sich das Kabinett von Papen in diesem Wahlkampf einen Resonanzboden verschaffen soll, die Gemüter. Die parteipolitische Machtverteilung ist einstweilen für Herrn von Papen so ungünstig wie nur irgend möglich. Er kann sich einzig und allein auf die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei stützen. Und die Gründung neuer Parteien verurteilt sich von Anfang an ganz von selbst als ein aussichtsloses Unterfangen. So kann man es verstehen, daß man in Kreisen, die dem Reichskabinett nahe stehen, erst gar nicht mit einer wesentlichen Verschiebung der parteipolitischen Machtverhältnisse im Reichstag rechnet. Man nimmt demnach wohl an, daß auch der neue Reichstag arbeitsunfähig sein wird. Diese Annahme braucht indessen keineswegs zuzutreffen.

Erwähnung verdient die Tatsache, daß die große Rede, die der sozialdemokratische Führer und frühere Reichstagspräsident Löbe am 12. September im Reichstag hätte halten sollen, im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist, und daß diese Rede eigentlich nichts anderes ist, als eine

Einladung an die Kommunisten und an die Nationalsozialisten, gemeinsam das sozialistische Programm zu verwirklichen. Es sei die rote Fahne, auf der sich sowohl das Falkenkreuz, wie Hammer und Sichel, wie die drei Pfeile befinden. „Wohlan“, so schreibt Löbe, „wir schlagen Ihnen vor einen Weg: Wir wollen die Kommando-Brücke besetzen! Kohle und Eisen, Stahl und Zement, Chemie und Geld gehören in die Hände des Staates, in die Hände der Volksgemeinschaft, damit diese sie zum Wohle aller verwalten muß. Wir rufen Sie zur Mitarbeit auf. Sie können nicht zögern. Bergesellschaftung der Kräfte — steht auch in Ihrem Programm. Verstaatlichung der Banken — steht auch in Ihrem Programm. Die eigene Scholle für den Bauern statt der Latifundien des Großgrundbesitzes — das steht auch in Ihrem Programm.“ Soweit Herr Löbe. Im bisherigen Wahlkampf merkt man allerdings von der Tendenz dieses Artikels wenig; jedenfalls war die große Rede, mit der der sozialdemokratische Parteivorstand Herr Löbe den Wahlkampf eröffnete, in der Hauptsache ein scharfer Angriff auf die Nationalsozialisten.

Das Zentrum und der Wahlkampf

In diesem Zusammenhang ist eine Wahlrede besonders bedeutsam, die am Freitag der badische Staatspräsident Dr. Schmitt in seiner Eigenschaft als Parteiführer gehalten hat. Dr. Schmitt hat bei dieser Gelegenheit betont, Reichskanzler von Papen habe die Verfassung nicht eingehalten; und zwar sei die Verfassungswidrigkeit des Vorgehens erstens in der Absetzung der preussischen Regierung, und zweitens in der abermals erfolgten Auflösung des Reichstags zu erblicken. Das sei nicht nur seine (des Redners) Auffassung, sondern die der gesamten Zentrumsparlei. Die Auflösung des Reichstags sei ein schwerer Schlag gegen den Gedanken des Rechtsstaates gewesen, aber auch ein schwerer Schlag gegen den Parlamentarismus und die Autorität des Reichspräsidenten. Das Schlimmste aber sei, daß man nicht einmal ein Ende der nun beschrittenen schiefen Ebene sehen könne. Auch in wirtschafts- und sozialpolitischer Beziehung hat Dr. Schmitt in seiner Eigenschaft als Parteiführer, scharfe Kritik an der Politik des Kabinetts von Papen geübt.

Am interessantesten waren seine Ausführungen, die sich auf die Möglichkeiten der Zukunft bezogen. Auch das Zentrum denkt danach zunächst nicht an die Bildung einer Koalitionsregierung, sondern an die eines Präsidialkabinetts. Die zu erwartende Mehrheit von Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerischer Volkspartei werde lediglich einen „Schutzverband zum Schutze einer Reichsregierung gegen militärischen Regierungssturz“ bilden. Was die Nationalsozialisten betrifft, so habe das Zentrum mit ihnen verhandeln können, weil sie sich nach mannigfachen Wendungen zum Mehrheitsgedanken bekannt hätten. Die nationalsozialistische Partei könne heute nicht mehr als verfassungswidrig bezeichnet werden. Jedenfalls sei das Zentrum der Ansicht, daß die Nationalsozialisten in die Regierung hinein müßten. Bei einem etwaigen Zusammengehen brauchte die eigene Überzeugung aber nicht im mindesten preisgegeben zu werden.

Baden und die Überweisungssteuern

Über die Konferenz der Länderfinanzminister in Berlin hat der badische Finanzminister Dr. Mattes dieser Tage in einer Pressebesprechung sehr dankenswerte Mitteilungen gemacht. Das wichtigste aus diesen Mitteilungen ist die Tatsache, daß die Überweisungssteuern nach der jetzigen Neuschätzung um 278 Millionen geringer sind, daß sich der badische Anteil praktisch um etwa 11 Millionen verringert. Von diesen 11 Millionen gehen 7 bis 8 Millionen zu Lasten des Landes und der Rest zu Lasten der Gemeinden. Durch ganz besondere Einsparungen soll ein Teil dieses Fehlbetrages ausgeglichen werden. Die Gerüchte, daß man in Baden neue Gehaltskürzungen vornehmen werde, entbehren jeglicher Grundlage. Allerdings werden in kürzester Zeit alle diejenigen Länder in Deutschland, die bisher noch nichts in der Richtung einer Gehaltskürzung getan haben, entweder zu einer solchen übergeben oder auch ihrerseits die Postnumerandozahlung für die Beamtengehälter einführen.

Stärkere Berücksichtigung Badens im Süddeutschen Rundfunk

Letzter Tage fand in Karlsruhe eine Besprechung zwischen dem Südfunddirektor und dem Programmleiter sowie dem Leiter der badischen Abteilung, Dr. Holzbauer, mit dem vor einiger Zeit hier gebildeten Rundfunkauschuß statt, in der erneut auf die starke Benachteiligung Badens im Süddeutschen Rundfunk hingewiesen wurde. Anhand von Statistiken konnte diese Beschwerde hinreichend belegt werden.

Südfunddirektor Dr. Föfinger anerkannte die vorgebrachten Beschwerden und erklärte, daß man in dem nunmehr einsetzenden Winterprogramm Baden und Württemberg sowohl was die Auswahl der Sendungen, als auch was die Sendezzeit anbetreffe, paritätisch behandeln wolle. Der Südfundplane im kommenden Winter 24 große Veranstaltungen, von denen 12 auf Baden entfielen. Am 21. November geht die große Reichssendung Baden über den Rundfunk, die ein anschauliches Bild der kulturellen und landsmannschaftlichen Eigenart Badens bringen soll. Künftig würden auch Opernübertragungen aus Karlsruhe stattfinden, desgleichen werden die Karlsruher Sinfonieconcerte von dem Süddeutschen Rundfunk übernommen.

In der Besprechung wurde ferner mitgeteilt, daß die badische Regierung in dem neugebildeten Programm- und Verwaltungsbeirat der Deutschen Rundfunkgesellschaft je einen Sitz erhält. Auch die Frage der Errichtung des neuen Senders in Freiburg wurde behandelt. Da dieser neue Freiburger Sender die Geschlossenheit der Programme gefährdet, wurde Oberregierungsrat Kühn gebeten, noch einmal mit den maßgebenden Stellen zu verhandeln. Vielleicht werde einmal die Einführung von Sendern und Empfängern für den Ultra-

Die Durchführung des Wirtschaftsplanes

Einzelheiten zum Arbeitsbeschaffungsprogramm

Die Liste der Bauvorhaben, die nach dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichswasserstraßenverwaltung für 1932 durchgeführt werden sollen, liegt nunmehr vor. Die Bauvorhaben erstrecken sich auf die Wasserbaudirektionen Dresden, Hannover, Münster und Stettin, ferner auf die Elbstrombauverwaltung, die Redarbaudirektion, die Wasserbaudirektion Münster, die Baubehörde Lübeck, die Rheinstrombauverwaltung, die Oberstrombauverwaltung Breslau, die Verwaltung der märkischen Wasserstraßen, die Rhein-Main-Donau-AG. und auf Bauvorhaben in Anhalt, Hessen, Bayern, Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Schleswig und Braunschweig. Die Gesamtkosten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms belaufen sich auf 81 940 990 RM.

Im Einzelnen enthält es folgende, für Baden wichtige Bauvorhaben:

Bezirk Bayern: Ausbau und Erhöhung der Mittelwasserleitwerke am linken Ufer des Rheins zwischen Ludwigshafen und der Lantermündung zur Verbesserung der Vorflut. Gesamtkosten 427 000 RM.

Redarbaudirektion: Schleusenbeschäftigt bei Guttentbach am Redar. Gesamtkosten 1 660 000 RM.

Rhein-Main-Donau-AG.: Herstellung eines Winterhochhafens bei Wertheim a. M. Gesamtkosten 580 000 RM.; Ausbau der Schleusenanlage und Ufer bei Faulbach a. M. Gesamtkosten 2 880 000 RM. (Fortführung der Arbeiten aus den Folgejahren im Haushalt des Reichsverkehrsministeriums).

Kurze Nachrichten

Die Beratungen des Reichskabinetts über die Maßnahmen zur Kontingenterung der landwirtschaftlichen Einfuhr und zur Zinsenkung sind am Samstag zum Abschluß gekommen. Einzelheiten werden von den zuständigen Stellen noch nicht mitgeteilt.

Die Reichsregierung erscheint im Überwachungsausschuß. Wie aus Berlin gemeldet wird, sind bei der Reichsregierung die Vorladungen für die Überwachungsausschusssitzung am Dienstagmittag eingegangen. Die Reichsregierung hat beschlossen, der Ladung Folge zu leisten, da sie es für notwendig hält, den wahren Sachverhalt mit aller Deutlichkeit aufzuklären. An den Arbeiten der Ausschüsse wird sich die Regierung nicht beteiligen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie beschäftigte sich mit dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung und stellte einmütig fest, daß die ganze deutsche Wirtschaft Anlaß habe, sich zu dem Versuch einer Belebung der Wirtschaft von der Seite der persönlichen Initiative positiv und aktiv einzustellen.

Die Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau unter dem Vorsitz des Schlichters von Westfalen, Prof. Dr. Brahn, über Lohnsatz und Mehrarbeitszeitabkommen des Ruhrbergbaus dauern an. Es wird damit gerechnet, daß noch heute, Samstag, ein Schiedspruch gefällt wird.

Konzessionsperre für Schankwirtschaften in Bayern. Infolge der Überfüllung des Wirtschaftsgewebes hat sich das bayerische Staatsministerium des Innern für Wirtschaft und Arbeit veranlaßt gesehen, dem Beispiel der Mehrzahl der übrigen deutschen Länder zu folgen und mit sofortiger Wirksamkeit eine Konzessionsperre für Schankwirtschaften bis zum 1. Oktober 1934 anzuordnen.

Die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung. Der englische Außenminister Sir John Simon hatte am Freitag in Genf eine Unterredung mit Herrn v. Neurath, deren Gegenstand die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung im Zusammenhang mit dem britischen Memorandum gewesen sein soll. Es scheint, daß Simon Erklärungen zu dem britischen Memorandum gab und gewisse Bestimmungen in der deutschen Öffentlichkeit hierüber aufzuräumen versuchte.

Ein offener Brief an Herrriot. Graf Coudenhove-Kalergi, der Präsident der Paneuropäischen Union, richtete laut „M. Z.“ einen offenen Brief an Herrriot, in dem er zu dessen Äußerung über die deutsche Gleichberechtigungsforderung: „Rein! Niemals! Unmöglich!“ erklärte, daß jede europäische Verständigung unmöglich werde, wenn sich Frankreich dem elementaren Grundsatz der Gleichberechtigung widersetze.

Arbeitszeitkonferenz im Januar. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat in Genf beschlossen, zum Januar 1933 eine technische Vorkonferenz zur Behandlung des italienischen Antrages über die Festsetzung der Arbeitszeit in der Industrie einzuberufen. Dieser Beschluß wurde mit 16 gegen 5 Stimmen der Arbeitgeber und einer Stimme der englischen Regierung gefaßt.

Das neue schwedische Kabinett. Der mit der Regierungsbildung beauftragte sozialdemokratische Redakteur R. A. Hanson hat heute, Samstag, dem König seine Ministerliste vorgelegt. Die neue Regierung wird heute nachmittags 2 Uhr im Kronrat vom König bestätigt werden.

Kurzwellenbetrieb mit kleinerem Sendebereich gerade in Baden eine neue Lösung bieten, zumal technische Gemischnisse so gut wie nicht bestehen. Die badische Regierung soll — wie berichtet wird — gerade diesem Gebiet die besondere Aufmerksamkeit widmen.

Ein Denkmal für die Oppauer Opfer. Die J. G. Farden-Industrie Ludwigshafen hat zum Andenken an die Opfer der Oppauer Explosion vom 21. September 1921 auf dem Ludwigshafener Hauptfriedhof ein Denkmal errichten lassen. Es stellt einen großen übermannshohen Würfel dar. Drei Reliefs an den Seitenwänden stellen „Abschied von der Familie“, „Gang zur Arbeit“ und die Explosion dar. Die vierte Seitenwand trägt die Inschrift: „Den Opfern des Oppauer Unglücks, 21. September 1921.“ Das einfache Motiv paßt sich harmlos ein in das Oppauer Gräberfeld und gemahnt in schlichter, erschütternder Weise an das schreckliche Geschehen des unheilvollen 21. September 1921, das 174 Opfer forderte. In einer kurzen Ansprache übergab Direktor Keller am 14. September das Denkmal in den Schutz der Stadt.

Das Mannheimer Nationaltheater wurde eingeladen, in Straßburg i. E. zu gastieren. Vorgelesen sind sechs Gastspiele. Vorauswiegend wird das Nationaltheater Mitte Oktober in Straßburg die Oper „Bosquet“ zur Aufführung bringen.

In dem Wettbewerb für den Wiederaufbau des Alten Schlosses in Stuttgart sind 111 Arbeiten eingegangen. Das Preisgericht wird am Ende dieses Monats zusammentreten, so daß mit der Veröffentlichung der preisgekrönten und angekauften Entwürfe im Laufe der ersten Oktoberwoche gerechnet werden kann.

Vorsicht - spinale Kinderlähmung

Vom Landesauschuss für hygienische Volksbelehrung in Preußen wird geschrieben:

Ein unheimlicher Gast pflegt alljährlich um die Herbstzeit die deutsche Kinderwelt heimzusuchen: die spinale Kinderlähmung. Auch jetzt wieder ist die tödliche Krankheit in verschiedenen Gegenden Deutschlands eingedrungen und hat Erkrankungen in größerer Zahl hervorgerufen. Insbesondere, das sei vorweg festgestellt, zu irgendwelcher Beunruhigung liegt hier keinerlei Veranlassung vor! Denn durch zweckmäßiges Verhalten kann der einzelne sich vor Ansteckung weitgehend schützen, der Weiterverbreitung der Krankheit wirksam entgegenwirken und bei schon ausgebrochener Krankheit deren schwere Folgen verhüten helfen. Für alles übrige sorgen Arzt und Staat.

Die Krankheit befällt in erster Reihe Kinder vom 1. bis 4. Lebensjahr, verschont aber auch ältere Kinder oder Erwachsene nicht. Anfänglich treten unbestimmte Erkältungserscheinungen, wie Fieber, Benommenheit, Husten und Schnupfen, gelegentlich auch ein Darmkatarrh, auf. Am ersten oder den folgenden Krankheitsstagen, an denen besonders starke Neigung zu großen Schweißausbrüchen besteht, stellen sich dann die für die Krankheit charakteristischen Lähmungserscheinungen an Armen oder Beinen, am Kumpf oder an den Schultern, ein. In leichteren Fällen gehen diese Lähmungen in wenigen Tagen restlos zurück, doch ist dieser Ausgang leider nicht die Regel, sondern vielfach bleiben auch dauernde Lähmungen oder Verkrüppelungen zurück, und in ganz schweren Fällen ergreift die Lähmung schließlich den ganzen Körper und führt so zum Tode.

Den Krankheitserreger selbst kennt man zwar noch nicht mit Sicherheit, allein wir wissen, daß er sich besonders im Nasenschleim, im Auswurf, im Harn und im Darminhalt findet. Aus diesen gelangt er ins Rückenmark und ruft hier einen Entzündungsprozess hervor, aus dessen Folgen die erwähnten Lähmungen anzupfehlen sind. Da die Weiterverbreitung des Krankheitsstoffes durch feimbeladene Tröpfchen beim Husten, Niesen und Niesen erfolgt, wird man sich also vor Ansteckung hüten können, wenn man vermeiden, sich von anderen Personen anhaften zu lassen, Kranke veranlaßt, beim Husten ein Taschentuch vor den Mund zu halten, und wenn man selbst von einem Erkrankten mindestens auf Armeslänge Abstand zu halten sucht. Selbstverständlich müssen Geschirre, Trink- und Waschgeräte des Kranken gesondert gehalten und sofort nach Benutzung desinfiziert werden. Unnötige Berührung mit Kindern, insbesondere das Küssen, sollte auch von Erwachsenen unbedingt unterlassen werden. Trotz geringerer Empfänglichkeit für die Erkrankung wird der Erwachsene nicht selten zum Keimträger, d. h. sein Körper vermag die Krankheitserreger zu beherbergen und weiter zu verbreiten, ohne daß der Träger der Krankheitskeime selbst krank wird. Der Kampf gegen die Fliege, die gleichfalls als Verbreiter der Krankheit nicht selten eine Rolle spielt, muß auch hier mit größtem Nachdruck geführt werden. Im übrigen besteht für die Erkrankung an spinaler Kinderlähmung eine polizeiliche Meldepflicht, die einen weitgehenden Schutz gegen die Weiterverbreitung der Krankheit gewährt. Dabei ist es wichtig, daß vor allem das Publikum keine Krankheitsfälle zu verheimlichen sucht und schon beim geringsten Verdacht einen Arzt zu Rate zieht. Dem Arzte stehen heute alle möglichen Mittel und Wege zur Verfügung, der Krankheit Herr zu werden, besonders elektrische und orthopädische Maßnahmen; zu ihnen gehört vor allen Dingen die richtige Lagerung des Kranken während der Krankheit, wodurch in vielen Fällen dem späteren Auftreten von Lähmungen wirksam vorgebeugt werden kann.

Wenn auch der Wissenschaft bislang ein Heilserum gegen die Krankheit, die im übrigen in der kalten Jahreszeit von selbst zu verschwinden pflegt, fehlt, so haben wir ihr doch nicht machtlos gegenüber. Durch verständnisvolles Zusammenwirken von Behörden, Arzt und Publikum verliert die Kinderlähmung ihren Schrecken, aber trotzdem sollte jeder sich warnen lassen durch die Mahnung: „Vorsicht vor spinaler Kinderlähmung!“

Reichsminister v. Papen in Ostpreußen. Reichsminister von Papen traf mit dem fahrplanmäßigen Zug aus Berlin kommend, heute, Samstag vormittag in Königsberg ein und setzte seine Fahrt im Auto nach dem Ostpreußengebiet des Regierungsbezirks Gumbinnen fort.

Im Preussischen Landtag wurde am Freitag weiter ein kommunizierender Antrag angenommen, der die Aufhebung sämtlicher Zettelschranken und die Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten Dr. Meißner fordert, ferner einen Antrag, nach dem die Neuwahlen der Gemeindevertretungen, Kommunalparlamente und Kreisräte am 6. November stattfinden sollen.

Kein Zusammenstoß des Bayerischen Landtags vor den Reichstagswahlen? Die sozialdemokratische Fraktion hat die Forderung der Kommunisten auf sofortige Einberufung des Landtags zur Stellungnahme gegen die Notverordnung der Reichsregierung abgelehnt. Der Bayerische Landtag dürfte vor der Durchführung der Reichstagswahlen nicht mehr zusammenkommen.

Gründung nationalsozialistischer Jugendbetriebszellen. Zur besonderen Erziehung der Jugendarbeiter in den Betrieben werden nach einer Meldung der Nationalsozialistischen Korrespondenz ab sofort „Nationalsozialistische Jugendbetriebszellen“ ins Leben gerufen. Diese bilden eine selbständige Organisation mit einer eigenen Hauptleitung, und unterstehen dem Reichsjugendführer Baldur v. Schirach. Dieser ernannte zum verantwortlichen Hauptleiter den Abteilungsleiter in der Reichsjugendführung, Heinz Otto.

Das Wahlprogramm der Wirtschaftspartei. Der Gesamtvorstand der Wirtschaftspartei bezeichnet eine politische Einigung des Bürgertums als erstrebenswertes Ziel. Für den Wahlkampf wurden die folgenden Programmpunkte aufgestellt: Schutz der freien Privatwirtschaft, Schutz der bürgerlichen Freiheiten, Unterstützung jeder christlichen und nationalen Politik, Abwehr jeder Inflation Gefahr. Am 9. Oktober wird ein außerordentlicher Parteitag stattfinden.

Kleine Chronik

In einem Funkspruch, den der deutsche Weltflieger v. Gronau in Schanghai an seine Heimatvermittlungsstelle gelangen ließ, teilte er mit, daß er beabsichtigt, mit seinem Dornier-Wal am Sonntag in Hongkong zu landen. Bei der Erteilung der Einreisebewilligung hat das englische Luftfahrtministerium auf die in dem zu überfliegenden Gebiet drohenden Gefahren hingewiesen.

Am Freitagvormittag ging ein schweres Gewitter über der Südbayern und in der Umgebung von Wittlich nieder. Der Blitz schlug in einen Baum und tötete 4 Personen, die darunter Schutz gesucht hatten. Ein Kind erlitt schwere Verletzungen und wurde getötet.

In Steinheim (Westfalen) brach heute Nacht in einer Malsfabrik ein Riesenfeuer aus, das einen gewaltigen Umfang annahm. Der Schaden wird etwa 300 000 bis 400 000 RM. betragen. Etwa 150 Arbeiter werden brotlos. Bereits im Jahre 1919 hatte ein Brand die ganze Fabrik in Asche gelegt.

Badischer Teil

Zum 85. Geburtstag des Reichspräsidenten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Auf Anregung des Reichsministers des Innern hat das Staatsministerium beschlossen, daß in Baden am 2. Oktober sämtliche staatlichen Dienstgebäude zu beslaggen sind.

Ferner werden wie in anderen Ländern z. B. Bayern und Hessen an den Schulen des Landes am Samstag, den 1. Oktober schlichte Feiern abgehalten. Im Anschluß an diese Feiern fällt der Schulunterricht aus.

Die Winterhilfe 1932/33

Die Notgemeinschaft nimmt ihre Arbeit wieder auf

Seit dem Vorjahre ist die Not in einem ungeheuren Ausmaße gestiegen. Deshalb wird gerade in diesem Winter eine um so intensivere Hilfs- und Sammlungsarbeit einsehen müssen. Die maßgebenden Regierungsstellen und die Organe der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege werden wiederum in einer zentralen Landes-Notgemeinschaft auf den Plan treten. Es ist selbstverständlich, daß dadurch die Tätigkeit der örtlichen Notgemeinschaften in keiner Weise beeinträchtigt wird. Gleichsam als Einleitung der Winterhilfe 1932/33 fand nun am letzten Freitagabend im Staatsministerium eine Besprechung der beteiligten Organisationen statt.

Staatspräsident Dr. Schmitt, der den Vorsitz führte, unterstrich mit Nachdruck die Notwendigkeit zu helfen. Von der Landwirtschaft erwartet er, zumal im Hinblick auf die reichliche Ernte, daß sie sich auch dieses Jahr zur Verfügung stellt. Sie soll es nicht ohne Gegenleistung tun. Es wäre an die Zuweisung von Arbeitskräften zum Kartoffelansetzen zu denken, ferner an die Sammlung von Altkleidern für das Land usw. Der Staatspräsident wies darauf hin, daß die Inzulänglichkeiten der öffentlichen Mittel zugenommen haben. Man könne mit Freunden feststellen, daß dem gegenüber der innere Zusammenhalt in den Notgemeinschaften stärker geworden sei. Es müßten alle Kräfte einbezogen werden, auch jene, die dieses Jahr fehlten. Der Staatspräsident gab zur Erwägung, mit der Lebensmittelsammlung auf dem Lande recht bald zu beginnen, damit man bis Mitte Oktober eine gewisse Übersicht hat. Andererseits sei es Ehrenpflicht, besonders der Unvermögendsten im Kreisjäger Gebiet usw. zu gedenken. — Die Organisation der Notgemeinschaft ist dieselbe wie im Vorjahre und es wird nach den gleichen Richtlinien gearbeitet werden.

Landeswohlfahrtsparter Ziegler erklärte die Bereitschaft des Landesverbandes der Inneren Mission zur Führung der Notgemeinschaft, deren Finanzierung durch Restbeträge aus dem Vorjahre sichergestellt ist, so daß alsbald mit der Arbeit begonnen werden kann, in der Hoffnung, daß auch die Regierung wie bisher das Hilfswort fördert und unterstützt.

Caritasdirektor Dr. Eardt, Freiburg, nahm Bezug auf die Anstrengungen des Caritasverbandes im Anschluß an das erzbischöfliche Rundschreiben. Er betonte, daß die Hilfsbereitschaft durch die Wahlen bei aller Gegenständigkeit der Meinungen nicht gestört werden dürfe. Alle müßten einig sein in dem Willen zu helfen. Notwendig scheint eine ergänzende Hilfsleistung auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge, namentlich, wenn es sich um die Betreuung von Müttern und Kindern handelt.

Staatspräsident Dr. Schmitt hat um konkrete Vorschläge und stellte zum Schluß die vollständige Übereinstimmung über das große Ziel und den Willen fest, in geschlossener Einheit die Nöte des kommenden Winters zu überwinden.

Im Anschluß an diese Besprechung fand eine Sitzung aller in der Winterhilfe zusammengefaßten religiösen und charitativen Organisationen statt, in der die Einzelheiten der zu ergreifenden baldigen Maßnahmen niedergelegt wurden.

Tagungen

Süddeutscher Musikerverband. In Baden-Baden tagte kürzlich der Bezirk III, Mittelbaden, des Süddeutschen Musikerverbandes. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß die wirtschaftliche Notlage außerordentlich schwer auf den Musikvereinen lastet. Die Beschaffung und Unterhaltung von Musikinstrumenten und Noten erfordert sehr hohe Aufwendungen, während die Kapellen kaum die Möglichkeit haben, aus eigenen Veranlassungen einen Kostenbeitrag zu erwirtschaften. Die Not der Gemeinden habe auch da und dort einen Abbau der Zuschüsse an die Musikvereine erfordert. Dazu kommen die von dem Musikschulverband geforderten Gebühren für das Aufführungsrecht geschätzter Stücke. Dieser Verband fordert für die einmalige Aufführung eines solchen Stückes eine Gebühr von 10 RM. und es ist schon vorgekommen, daß die Anforderung der „Gema“ höher war, als das gesamte Ergebnis eines Konzertes. Der Süddeutsche Musikerverband, der die Musiker aus Baden, Württemberg und Bayern in Einzelmittelschaft erfaßt, hat in einer Denkschrift an den Reichstag auf diesen Umstand hingewiesen. Ein wichtiger Teil der Verbandarbeit ist die Schulung der Kapellenleiter und der Mitglieder. Diese Schulung wird in Dirigentenkursen, durch Überwachung und Abhören des Probebetriebs und durch theoretische Aufklärung durch das Verbandorgan bestrebt.

Wenn's Ihnen sauer aufstößt,
weil Ihr Magen übersäuert ist, dann
tut ein Glas
**Überkinger
Adelheidsquelle**
wahre Wunder. Sie bekommen sie
überall. Den interessanten Prospekt
schickt Ihnen kostenlos die
Mineralbrunnen A.-G.
Bad Überkingen.

Gen.-Vertr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe,
Zirkel 30, Telefon 255.

Hd. Heidelberg, 23. Sept. Im 87. Lebensjahr ist Kirchenrat Friedrich Schent gestorben, dessen Vater schon als Pfarrer im Pöhlertal gewirkt hat. Der Verstorbene konnte im badischen Frankenland eine segensreiche Wirksamkeit entwickeln. Er war u. a. von 1872 bis 1885 Pfarrer in Rembach bei Berthheim und dann bis 1916 in Unterhülshaus, dann auch von 1900 bis 1912 Dekan des evangelischen Kirchenbezirks Pöhlertal. Er hat viele heimatländliche Aufsätze und Gedichte in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht.

Die vom Oberkirchenrat ernannten Abgeordneten zur Landes Synode

Bekanntlich steht der evangelischen Kirchenregierung das Recht zu, jeweils nach Neuwahlen zur Landes Synode sechs Abgeordnete dazu zu ernennen. Diese Ernennung ist jetzt erfolgt, und zwar wurden von der evangelischen Kirchenregierung folgende Herren zu Abgeordneten der Landes Synode ernannt: Geh. Kirchenrat Universitätsprofessor D. Bauer, Heidelberg, Land- und Amtsgerichtsdirektor Einwachter, Badstube, Universitätsprofessor D. Gupfel, Heidelberg, Landwirt Friedrich Mayer II, Großschaffen, Kirchenältester Fabrikarbeiter Betz Schilly, Mannheim-Neudorf und Pfarrer Ullhöfer, Flehingen.

Aus den Parteien

Die Zentrumsfraktion des Landtags hielt Donnerstag vormittag eine Sitzung ab. Gegenstand der Erörterungen waren die politische Lage und die Vorbereitungen für den Offenburger Landesparteitag, ferner beschäftigte man sich mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Aus der Landeshauptstadt

Mittelrheinischer Verein der Gas- und Wasserfachmänner

Heute, Samstag, vormittag 9 Uhr trat im kleinen Festhallsaal in Karlsruhe die diesjährige, außerordentlich stark besuchte 63. Hauptversammlung des Mittelrheinischen Vereins der Gas- und Wasserfachmänner zusammen.

Der Vorsitzende, Regierungsbaumeister Wenger, eröffnete die Verhandlungen mit herzlichem Begrüßungswort an die Kollegen und Vertreter befreundeter Vereine aus Bayern, der Schweiz usw. Er gab dann den Jahresbericht bekannt. Die schlechte Wirtschaftslage macht sich auch im Rückgang des Gasverbrauchs in Gewerbe und Industrie bemerkbar. An die Gemeinden ergeht das Ersuchen, die Werttarife nicht allzu sehr in die Höhe zu schrauben und andererseits den Werken die Abschreibungen zu belassen, die sie zur Weiterentwicklung benötigen. Der Fortschritt in der Gasforschung dürfe nicht aufgegeben und Deutschland seine Vortrangstellung auch auf diesen Gebieten bewahrt werden. Die Maßnahmen der Reichsregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verdienen Unterstützung. Ebenfalls unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise ist der Mitgliederstand um 8 Prozent auf 275 zurückgegangen.

Der Vorsitzende gedachte hierauf des 25jährigen Bestehens des Gasinstituts und seines schon am Freitag gefeierten Gründers, Geheimrat Bunte. Der Verein hat beschlossen, dem Institut als Jubiläumsgabe den Betrag von 500 RM. zu überreichen. Anschließend übergab auch Direktor Gnauer, Ludwigshafen, in Würdigung der wichtigen Aufgaben des Instituts eine Spende der Fachindustrie für Gas und Wasser.

Es folgten sodann eine Reihe von Vorträgen. Stadtbau- und Wasserwerksdirektor Eglinger gab einen interessanten Aufsatz über die neuen Wasserwerkungsanlagen der Stadt Karlsruhe, die auf der Gemarkung Mörich (im Südwesten der Stadt) liegen und im ganzen die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt haben. Dr. W. Ritterseid, Essen, berichtete über die neuere Kohlenforschung und ihre Bedeutung für die Gastechnik, während Direktor Dr. Hens, Leipzig, sich das Thema „Die Überwachung und Normung der Gaserzeugungsapparate“ zur Aufgabe stellte und Privatdozent Dr.-Ing. Zipperer, Karlsruhe, über die Erfahrungen und neueren Erkenntnisse auf dem Gebiet der Gasfortleitung berichtete.

Die Vorträge wurden mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und fanden ungeteilten Beifall.

Die nächstjährige Hauptversammlung findet in Ludwigshafen statt.

Heute, Samstagvormittag, tagen die Chemiker der Gaswerke.

Der badisch-pfälzisch-saarländische Sängerverein am 1. Oktober

Unter den Korporationen, die in Deutschland die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums sich zur Aufgabe gemacht haben, nehmen die Männergesangsvereine einen verdientvolleren Platz ein. Gerade in der Südwestecke des Reiches erwiesen sich die in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gegründeten ältesten Männergesangsvereine als Vorämpfer der damals erwachten deutschen Einigkeitbewegung. Und seit jenen Tagen haben die deutschen Sängervereine, über alle Wirren hinweg, sich in ihrem Lied zu entschiedenem Verfechtern der deutschen Sache gemacht.

Auf diese ehrwürdige und verdientvolle Tradition dürfen sie sich mit Recht berufen, wenn am 1. und 2. Oktober anlässlich der „Karlsruher Herbsttage“ auf Anregung des Verlehrsvereins sich 1000 Sängervereine aus dem Saarland, der Pfalz und aus Karlsruhe zu einer machtvollen „Rundgebung für die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums in der Südwestecke des Reiches“ vereinigen werden. Sie wird am Samstag, den 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr mit einem badisch-pfälzisch-saarländischen Sängervereinabend eröffnet, zu dem die Reichsregierung, die Regierungen Badens und der Pfalz sowie die sonstigen Spitzen der Behörden eingeladen sind. Der Süddeutsche Rundfunk wird diese Feier, bei welcher die Karlsruher Männergesangsvereine „Concordia“, „Rebertans“ und „Lehrergesangsverein“, sowie der „Instrumentalverein Karlsruhe“ und als Gastvereine aus Pfalz und Saar drei der größten und angesehensten Gesangsvereine jenseits des Rheines, der Männergesangsvereine „Trochium“, „Speyer“, der „Lehrergesangsverein Saarbrücken“ und der „Männerchor der Badischen Amfin- und Sodafabrik Ludwigshafen a. Rh.“ mitwirken werden, seinen Hörern übermitteln.

Die auswärtigen Gastvereine treffen am Samstagvormittag um 5 Uhr, zum Teil mit Kraftwagen, zum Teil mit Sonderzug in Karlsruhe ein. Vor Beginn des Sängervereinabends werden die Gäste um 7 Uhr im Bürgeraal des Rathauses durch Oberbürgermeister Dr. Finter namens der Stadt Karlsruhe begrüßt. Die eigentliche Rundgebung findet im großen Saal der städtischen Festhalle statt. Senatspräsident D. Andres, Raumburg (Saale) wird als Vertreter der Bundesleitung der Saarvereine in Berlin die Grüße und das Freuegelobnis der Saarbevölkerung überbringen. Den Gipfel der Rundgebung der Sängervereine wird die kategorische Forderung nach Rückgliederung des Saarlandes in das Deutsche Reich bilden.

Am Sonntagvormittag werden die auswärtigen Gäste mit Omnibussen der Reichspost die Schenkwürdigkeiten der badischen Landeshauptstadt besichtigen und daran anschließend der großen Morgenfeier des Karlsruher Sängervereins, Gruppe V (Karlsruher Sängervereinigung): „Ein deutscher Wandertag im Lied“ anwohnen. Am Nachmittag vereinigt ein großes Gartenfest im Karlsruher Stadtpark (bei schlechter Witterung ist für die Feier die städtische Festhalle vorgesehen) nochmals die Karlsruher Sängervereine mit ihren Gesangsbrüdern von der Pfalz und dem Saarland.

Rundfunkrede des Reichsernährungsministers Herrn. von Braun. In der „Stunde der Reichsregierung“ bringen alle deutschen Rundfunksender am Montag, den 26. September, von 19 bis 20 Uhr die Rede, die der Reichsernährungsminister Herr. von Braun am gleichen Vormittag vor dem Bayerischen Landwirtschaftsrat in München hält. Die Wiedergabe erfolgt von Wachsplatten, die für die Rundfunksendung aufgenommen worden.

„Heilung von selbst.“ Montag, den 26. und Dienstag, den 27. September, jeweils nachmittags 4 Uhr und abends 8 1/2 Uhr hält im Festsaal des Restaurants Friedrichshof, Karl-Friedrich-Straße 28, Herr Paul G. Töpfer, Stuttgart, einen Vortrag über das Thema „Heilung von selbst“. Der Eintritt ist frei. (Näheres siehe Anzeiger)

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstagmorgen: Wir befinden uns noch an der Südseite einer von Skandinavien über die Nordsee bis nach Frankreich sich erstreckenden flachen Tiefdruckrinne im Bereiche sub-tropischer Luft. Das Wetter ist dabei mild und veränderlich geblieben, streichweise fiel Regen. Von der Rückseite der Störung sind inzwischen auch etwas kühlere ozeanische Luftmassen nähergerückt, so daß vorerst nicht mit beständigem Wetter gerechnet werden kann. — **Voraussetzung:** Veränderliches und etwas kühleres Wetter.

Wasserstände: Waldshut 224 minus 6, Basel 24 minus 2, Nehl 230 minus 4, Mainz 879 plus 5, Mannheim 241 plus 3, Saup 152 minus 4 Ztm.

Nr. 46 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes enthält eine Verordnung des Justizministers und des Ministers des Innern zur Änderung der Pachtvorschriften.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	24. September		25. September	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.23	169.57	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	75.57	75.73	75.57	75.73
Italien . . . 100 L.	21.60	21.64	21.605	21.645
London . . . 1 Pf.	14.57	14.61	14.57	14.61
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.49	16.53	16.495	16.535
Schweiz . . . 100 Fr.	81.16	81.32	81.16	81.32
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Brag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die neuen Baustufen. Die Zinssätze für Kündigungsgeld und feste Gelder sind, wie die „Frankf. Ztg.“ in Berücksichtigung der ersten Meldungen mitteilt, beidemal auf 3 1/2, 3 1/2 und 4 Proz. abgestuft, und der Unterschied liegt nur darin, daß die Kündigungsgelder in der am niedrigsten verzinslichen Klasse auf ein bis drei Monate lauten, in der zweiten auf drei bis sechs Monate und in der höchsten über sechs Monate, während die festen Gelder Fristen bis 61, 91 und bis 364 Tage haben. — Die Zinsermäßigung für normale Spareinlagen von 4 auf 3 1/2 Proz., soll erst ab 1. Oktober in Kraft treten, während die übrigen Zinsänderungen schon ab 23. September gelten.

Der Deutsche Rheinschiffplan. Die Internationale Studienkommission für die Rheinschiffahrt hat, wie der „Voss. Ztg.“ aus Essen gemeldet wird, in Straßburg beschlossen, in erster Linie den (bereits mitgeteilten), von deutscher Seite vorgelegten Plan einer Selbsthilfe durch Bildung eines Konfortiums der Reedereien weiter zu verfolgen. Der holländische Vorschlag dagegen, der eine Mitwirkung der Uferstaaten vorsieht, wurde vorläufig zurückgestellt. Die Kommission hat den Selbsthilfeplan einer sehr eingehenden Prüfung unterzogen und ihn soweit gefördert, daß mit einer endgültigen Beschlußfassung bei der nächsten Sitzung der Kommission am 12. Oktober in Köln gerechnet werden kann. Über den von den Partikulierschiffen vorgelegten Antrag auf Einführung der Nacht- und Sonntagsschiffe in der Rheinschiffahrt konnte zwischen den Vertretern der Reedereien und der Partikulierschiffer eine Einigung nicht erzielt werden. Die Partikulierschiffer haben den Antrag jedoch nicht zurückgezogen.

Das neue Kontingent in der Zuckerrindindustrie. Auf der Tagung der Verbände der Zuckerindustrie in Berlin wurde bekanntgegeben, daß das Zulassungskontingent für das vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 laufende Geschäftsjahr auf vorläufig 63 Proz. des durch die Regierung für jede Fabrik angelegten Grundzuckerkontingents festgesetzt wurde. Ferner hat der Verwaltungsausschuß in diesem Jahr von der Festsetzung einer Pflichtausfuhr ausdrücklich abgesehen. Es wurde lediglich ein freiwilliges Ausfuhrrecht in Höhe von bis zu 10 Proz. des Grundkontingents beschlossen, das bis zum 31. Mai 1933 ausgeübt sein muß.

Zahlungseinstellung im Tabakfabrikat-Großhandel. Die bekannte Tabakfabrikat-Groß- und Kleinhandelsfirma Edmund Schneider, Mannheim, hat infolge der sehr stark gesunkenen Umsatzrückgänge, verbunden mit einer fortgeschrittenen Entwertung der Lagerbestände und erheblichen Verlusten an Aufwänden die Zahlungen eingestellt. Der Status soll bis zu dem am 27. d. M. stattfindenden Gläubigerversammlung fertig gestellt werden. Bekanntlich unterhält die Firma mehrere Kleinverkaufsläden in Mannheim und Ludwigshafen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Die zwischen der Gemeinde Schwadenreute und dem Nebenort Stöhrhöfe (Gesamtgemeinde Raimwangen) abgeschlossene Vereinbarung über die Vereinigung des Nebenortes Stöhrhöfe mit der Gemeinde Schwadenreute wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 genehmigt.
Karlsruhe, den 21. September 1932.
Der Minister des Innern
Mäderl, Staatsrat.

Lebensrettung.
Dem am 23. Mai 1915 geborenen Karl Heinrich in Güttenbach, der im Januar 1931 den 4 Jahre alten Gerhard Weiß und am 21. Juni 1932 die 4 Jahre alte Elisabeth Schilling, beide aus Güttenbach, durch mutiges, entschlossenes Handeln vom Tode des Ertrinkens im Neckar gerettet hat, spreche ich hiermit
aus.
Mannheim, den 22. September 1932.
Der Landeskommissar:
Dr. Scheffelmeier.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 27. September bis 2. Oktober 1932
Im Landestheater:
Dienstag, 27. Sept. * B 2 Th.-Gem. II. S.-Gr. Die Räuber. Trauerspiel von Schiller. 20 bis gegen 23.30 (3,90).
Mittwoch, 28. Sept. * A 2 (Mittwochmiete) Th.-Gem. 701 bis 800. Margarethe. Große Oper von Gounod. 19 bis 22.15 (5,—)
Donnerstag, 29. Sept. * D 3 (Donnerstaqmiete) Th.-Gem. III. S.-Gr., 1. Hälfte. Zum erstenmal: Reifeprüfung. Drama von Max Dreher. 20 bis 22 (3,90)
Freitag, 30. Sept. * F 2 (Freitagmiete) Th.-Gem. 501—600. Die Regimentstochter. Komische Oper von Donizetti. 20 bis nach 22 (4,50).
Samstag, 1. Okt. * C 2 Th.-Gem. 401—500. Ein Sommernachtstraum. Fantastisches Lustspiel von Shakespeare. Musik von Mendelssohn-Bartholdy. 20 bis 23 (3,90).
Sonntag, 2. Okt. * E 2 Th.-Gem. 601—700. Oberon. Große romantische Oper von Weber. 19.30 bis 22 (5,70).

Winschermann G.m.b.H. Kohlen / Koks / Briquets / Brennholz Büro: Stephaniensstr. 94, am Kaiserplatz. Fernsprechanchlüsse Nr. 815, 816, 817

Für den Umzug
Unsere Herbst-Neuheiten
Neueingang
in Kettendruck, Chintz,
Crettone und Leinen

Teppiche
Decken
Gardinen
Möbelstoffe

Beachten Sie unsere
ständige Ausstellung

5 Schaufenster
Kaiserallee 5
(neben Café des Westens)

Dreyfuss & Siegel
Kaiserstraße 197

Vortrag Eintritt frei!
P. G. Töpfer - Stuttgart spricht
am Montag, den 26. und Dienstag, den 27. September
im Festsaal des Restaurants Friedrichshof, Karl-Friedrich-
Straße 28, nachmittags 4 Uhr und abends 8 1/2 Uhr, über:

Heilung von selbst
ohne Radium, ohne Salzsäure, Kräuter, Tee, Kombinations-, Tabletten-,
Kuren, ohne Hochfrequenz, galvanische oder andere Apparate, ohne
Biochemie u. c.

Leichter verständlich wird erklärt, warum der Darm bei allen eine Giftfabrik ist und wie dadurch alle Krankheiten entstehen. Durch Vorlegen vieler erstaunlicher Heilberichte wird nachgewiesen, wie schnell auch veraltete, hartnäckigste, als unheilbar betrachtete Krankheiten von selbst vergehen, ohne fremde Hilfe, ohne Selbstbehandlung, und wie bald elend Aussehende wieder frisch aussehen.
Alles ohne Veränderung der Ernährung und Lebensweise.
Keine Verstopfung und Blähungsbeschwerden mehr.
Alle Kranken müssen diesen Vortrag hören!
Alle Gesunden sollten ihn hören!
Jeder Besucher erhält gratis eine lehrreiche, illustrierte Druckschrift vor dem Vortrag.
Man komme bitte nicht nach 4 Uhr und 8 1/2 Uhr.

Rollbahnen und Baugeräte
zu Kauf und Miete
Willh. Messmer, Villingen
Fernsprecher 2131, Gegr. 1903
Kataloge gratis M.18

Bad. Lichtspiele • Konzerthaus
2. Woche
„Die elf Schill'schen Offiziere“
Viele Wünsche erfüllt unser neuer Spielplan
Samstag, 24. IX. 5 Uhr Sondervorstellung Schill. 8.30 Uhr Abend-Vorstellung
Montag, 26. IX. 8.30 Uhr wie oben
Sonntag, 25. IX. 2 Uhr wie oben Kartenverkauf: Konzertschauspielhaus ab 11 Uhr
Sonntag, 25. IX. 4.15 Uhr Familien-Fest-Vorstellung
Sonntag, 25. IX. 6.30 Uhr und 8.45 Uhr Abend-Vorstellungen.
Karten-Vorverkauf:
Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr. 96 und im Büro
Bahnhofstraße 9, Telefon 4560.

Badisches Landestheater
Sonntag, 25. Sept. 1932
* G 1 Th.-Gem. I. S.-Gr.
Nienzi
der letzte der Tribunen
Große Oper von Wagner
Dirigent: Strips
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Wanz, Fanz, Winter,
Gospach, Riefer, Löfer,
Schoepffin, Schuster, Straß
Anfang 19 Ende 22 1/2
Preise E (0,90—5,70 RM)

Vorderwälder Zuchtviehmarkt
verbunden mit einem
Fohlenmarkt Hinterzarten
Dienstag, den 27. September 1932

Der Markt bietet sowohl für Gemeinden, wie auch für private Viehzüchter beste Gelegenheit zum Ankauf guter Zuchtstuten und weiblicher Zuchtstiere, sowie für Pferdebesitzer zur Erwerbung guter Fohlen direkt im Stammbuchgebiet des Vorderwälder Vieh- und des Schwarzwälder Pferdeschlages, M.37
Kreisverwaltung Freiburg im Breisgau.

Alles für das Baufach
J. Prölsdörfer
Karlsruhe 1
Spezialhaus für Baubedarf

PORPHYRWERK DOSENHEIM
HANS VON DER
DOSENHEIM u. BRÜCKNER
Bau- und Holzwaren
STRASSENBAU-
MATERIAL

Wir werben für Sie!
Das Schneidergewerbe in Karlsruhe hat seine Preise für
Wir liefern Maßanzüge aus guten tragfähigen Stoffen . . . von RM. **90- 100- u. 120- an**
Maßpaletots und Ulster . . . von RM. **85- 100- u. 125- an**
je nach Ansprüchen im Preise höher oder niedriger

Allerbeste Maßanfertigung; also keine Maßkonfektion, die nach Ihren Maßen und Wünschen von auswärtigen Fabriken konfektionsmäßig hergestellt wird.
Lasset am Platze arbeiten, Ihr gebt Arbeit und Brot.
Herren-Schneider-Innung Karlsruhe.